Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**
Ortschaftsrat Weilheim
Ortschaftsrat Kilchberg
Ortschaftsrat Bühl
Ortschaftsrat Hirschau
Ortschaftsrat Unterjesingen
Ortschaftsrat Hagelloch
Ortschaftsrat Bebenhausen
Ortschaftsrat Pfrondorf

Betreff: Änderung der Hauptsatzung

Bezug:

Anlagen: 1 Bezeichnung: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Beschlussantrag:

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung nach Anlage 1 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziele:

1. Änderung der Wertgrenze bei Vergabeentscheidungen durch beschließende Ausschüsse des Gemeinderats / der Ortschaftsräte von 75.000 auf 100.000 Euro.
2. Die Hauptsatzung wird den begrifflichen Änderungen des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) angepasst. Gleichzeitig wird die Zuständigkeit für die Besoldungsgruppe A 12 und die Entgeltgruppe E 12 vom Ausschuss auf den Oberbürgermeister übertragen.
3. Redaktionelle Änderung der Hauptsatzung.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

- 1.1 Änderung der Wertgrenze bei Vergabeentscheidungen durch beschließende Ausschüsse des Gemeinderats und durch die Ortschaftsräte von 75.000 auf 100.000 Euro.
- 1.2.1 Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ersetzt die Begriffe „Angestellte und Arbeiterin/Arbeiter“ durch den Begriff „Beschäftigte“, die Begriffe „Gehalt“ und Lohn“ durch den Begriff „Entgelt“, die Begriffe „Vergütungsgruppe und Lohngruppe“ durch den Begriff „Entgeltgruppe“.
- 1.2.2 Im Interesse der Beschleunigung der Stellenbesetzungsverfahren wird dem Oberbürgermeister zusätzlich die Zuständigkeit für arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen bei Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 12 bzw. bei Beschäftigten der Entgeltgruppe E 12 übertragen; bislang lag hierfür die Zuständigkeit beim Verwaltungsausschuss. Bei Stellen der Besoldungsgruppe A 12 bzw. Entgeltgruppe E 12 handelt es sich um Stellen, deren Aufgabenbereiche überwiegend von der Sachbearbeitung geprägt sind und nicht um klassische Leitungspositionen im organisatorischen Sinne. Die Zuständigkeiten für Stellen mit Leitungsfunktionen verbleiben - unabhängig von der Bewertung der Stelle - beim Gemeinderat (siehe § 4 Abs. 1 Nr. 22 Buchstabe c). Ein Vergleich mit anderen Städten (siehe Anlage 2) ermuntert die Verwaltung, dies zu beantragen.
- 1.3 Redaktionelle Änderung in § 15 der Hauptsatzung.

2. Sachstand

Allgemeines

Der Erlass bzw. die Änderung der Hauptsatzung bedarf nach § 4 Abs. 2 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Gemeinderats.

zu 1.1:

Entsprechend der Vorlage 546a/2007 - „Vergabegrenzen bei öffentlichen Aufträgen“ - und dem in dieser Vorlage dargestellten Entwurf einer „Dienstanweisung Vergabewesen“ wird in § 7 Abs. 3 Nr. 7 (Zuständigkeit Ausschuss) und in § 19 Abs. 3 Nr. 9 (Zuständigkeit Ortschaftsrat) die Wertgrenze von 75.000 auf 100.000 Euro geändert.

zu 1.2:

Die Hauptsatzung wird in § 4 Abs. 1 Nr. 22, in § 7 Abs. 3 Nr. 3, in § 15 Abs. 1 Nr. 5 und in § 19 Abs. 3 Nr. 5 entsprechend der begrifflichen Änderungen des TVöD angepasst. In § 7 Abs. 3 Nr. 3 und in § 15 Abs. 1 Nr. 5 wird zugleich die Übertragung der Zuständigkeit für die Besoldungsgruppe A 12 bzw. die Entgeltgruppe E 12 vom Ausschuss auf den Oberbürgermeister umgesetzt. Die entsprechenden Paragraphen werden wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 1 Nr. 22 „Zuständigkeiten des Gemeinderats im Einzelnen“:

„22. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppen E 14 und E 15,

- b) bei Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes,
- c) bei Leitungen der Fachbereiche, Ämter, Stabsstellen oder Leitungen der Eigenbetriebe,"

§ 7 Abs. 3 Nr. 3 „Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse“:

„3. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppe E 13,
- b) bei Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes in Besoldungsgruppe A 13,"

§ 15 Abs. 1 Nr. 5 „Zuständigkeiten der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters“:

„5. arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten bis Entgeltgruppe E 12,
- b) bei Beamtinnen und Beamten bis Besoldungsgruppe A 12,"

§ 19 Abs. 3 Nr. 5 „Zuständigkeiten des Ortschaftsrats“:

„5. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) und im Rahmen des Stellenplans arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppen E 1 bis E 8,
- b) bei Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes,"

zu 1.3:

In § 15 Abs. 1 Nr. 9 wird die Angabe "Nr. 8" durch die Angabe "Nr. 9" ersetzt.

3. Lösungsvarianten

Die Zuständigkeit für arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Besoldungsgruppe A 12 bzw. Entgeltgruppe 12 verbleibt beim Verwaltungsausschuss und wird nicht auf den Oberbürgermeister übertragen.

4. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, die Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1 zu ändern.

5. Finanzielle Auswirkungen

keine

6. Anlagen

Anlage 1 - Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Universitätsstadt Tübingen

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

vom

Auf Grund der §§ 4 und 39 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20), hat der Gemeinderat am folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Hauptsatzung vom 23. Juli 2001, zuletzt geändert durch Satzung vom 20. November 2006, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 Nr. 22 erhält folgende Fassung:

„22. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppen E 14 und E 15,
- b) bei Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes,
- c) bei Leitungen der Fachbereiche, Ämter, Stabsstellen oder Leitungen der Eigenbetriebe,“

2. § 7 Abs. 3 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppe E 13,
- b) bei Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes in Besoldungsgruppe A 13,“

3. In § 7 Abs. 3 Nr. 7 wird die Wertgrenze „75 000 Euro“ durch die Wertgrenze „100 000 Euro“ ersetzt.

4. § 15 Abs. 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

- a) bei Beschäftigten bis Entgeltgruppe E 12,
- b) bei Beamtinnen und Beamten bis Besoldungsgruppe A 12,“

5. In § 15 Abs. 1 Nr. 9 wird die Angabe "Nr. 8" durch die Angabe "Nr. 9" ersetzt.

6. § 19 Abs. 3 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister (§ 24 Abs. 2 GemO) und im Rahmen des Stellenplans arbeits- und dienstrechtliche Entscheidungen (Einstellung/Anstellung und Entlassung, Beförderung und Höhergruppierung)

a) bei Beschäftigten der Entgeltgruppen E 1 bis E 8,

b) bei Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes,“

7. In § 19 Abs. 3 Nr. 9 wird die Wertgrenze „75 000 Euro“ durch die Wertgrenze „100 000 Euro“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. August 2008 in Kraft.

Tübingen, den

Boris Palmer
Oberbürgermeister

Anlage 2 zu Vorlage 95/08

Stadt	Gemeinderat	Ausschuss	Oberbürgermeister/in
Rottenburg	Amtsleitungen und stellvertretende Amtsleitungen	ab E 12; ab A 12 (ausgenommen Amtsleitungen und stellvertretende Amtsleitungen)	bis E 11; bis A 11 (ausgenommen Amtsleitungen und stellvertretende Amtsleitungen)
Reutlingen	Amtsleitungen	stellvertretende Amtsleitungen, Leitungen der Museen und der Stadtbücherei	alle Beamte und Beschäftigte außer den Amtsleitungen, den stellvertretenden Amtsleitungen, Leitungen der Museen und der Stadtbücherei
Metzingen	E 12 – E 15; ab A 13; Amts- und Betriebsleitungen	E 11; A 12 (ausgenommen Amtsleitungen und Betriebsleitungen)	E 1 – E 11; A 1 – A 11 (ausgenommen Amtsleitungen und Betriebsleitungen)
Esslingen	Amtsleitungen	BAT IVa bis Ib; A 11 – A 13; ausgenommen Amtsleitungen	BAT X – IVb; A 1 – A 10; Arbeiter
Ludwigsburg	Amtsleitungen	ab A 12; Angestellte der entsprechenden Vergütungsgruppen, ausgenommen Amtsleitungen	bis A 11; Angestellte bis zu den Vergütungsgruppen, die die Bes.gruppe A 11 bei den Beamten nicht übersteigt; Arbeiter
Konstanz	ab E 14; ab A 14; Dienststellenleitungen	ab E 12; ab A 12 (ausgenommen Dienststellenleitungen)	bis E 11; bis A 11
Aalen	Amts- und Dienststellenleitungen	ab E 13; ab A 13; stellvertretende Amtsleitungen	bis E 12; bis A 12 (ausgenommen Amts- und Dienststellenleitungen und stellvertretende Amtsleitungen)
Tübingen bisher	BAT II, Ib und Ia; Beamtinnen/Beamte des höheren Dienstes; Amtsleitungen	BAT III; A 12 und A 13 gD (ausgenommen Amtsleitungen)	BAT X bis IVa bis A 11 (ausgenommen Amtsleitungen) Arbeiter
Tübingen neu	E 14 und E 15; Beamtinnen/Beamte des höheren Dienstes; Leitungen der Fachbereiche, Ämter, Stabsstellen und Eigenbetriebe	E 13; A 13 gD	bis E 12; bis A 12